53. Jahrgang. № 28. Donnerstag, 28. Januar 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,40 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., geschäftl. Anzeigen auf der privatrechtl. Seite 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Zu Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Margarethe Müchler, Zigarren-Haus, Kötzschenbroda, Meissner Strasse 51. Annahmestelle für Inserate und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten".

Masken Tafel-Scherze Orig. Ueberraschungen: Knallbonbons Schmuck. K. S. Hoflief. **B. A. Müller,** Prager Str. 32 34.

AK & S-Aufzüge sind unsere Spezialität seit 40 Jahren. Aug. Kühnscherf & Söhne, Dresden-A., Grosse Plauensche Strasse 20.

Lederwaren und Reise-Artikel empfiehlt in grösster Auswahl vom einfachsten bis feinsten Genre **Robert Kunze,** Altmarkt — Rathaus und Prager Str. 30.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kalt, neblig, sonst meist heiter.

Die älteste Frau Sachsens, die in Zittau lebende Witwe Geier, feiert heute ihren 103. Geburtstag.

Zwischen Geudertheim und Brumath (Elsaß) wurde an einer Frau ein Raubmord verübt.

Bei Sprogoe sind infolge schweren Nebels zwei Dampfer gestrandet.

Die Türkei zieht an der ostrumelisch-adrianopler Grenze Truppen zusammen; Serbien beruft weitere Reserven ein.

Coquelin der Aeltere ist in Paris gestorben.

Bei dem Bergwerksunglück in Pittsburg sind 22 Personen umgekommen.

In Baku hat noch ein Erdbeben stattgefunden.

Bundesstaaten und Reichsfinanzreform.

Die Thronrede, mit der vorgestern der arbeitsreiche sächsische Landtag geschlossen wurde, enthielt am Ende folgende bedeutungsvollen Worte:

„Ich halte mit Meiner Regierung an der Hoffnung fest, daß es trotz der außerordentlichen Widerstände, die sich der Erreichung des angestrebten Zieles entgegenstellen, gelingen wird, zu der Verständigung zu gelangen, welche die Deckung des Reichsbedarfs auf die Dauer sicherstellt, ohne durch die Wahl der Deckungsmittel die Stellung zu beeinträchtigen, welche Mir und Meiner Regierung, Meinen Ständen und Meinem Lande innerhalb des Reiches nach den Grundsätzen der Reichsverfassung zukommt."

Dieser Hinweis des Königs in feierlicher Form verdient besondere Beachtung sowohl wegen der Bezugnahme auf die Unsicherheit der parteipolitischen Lage in Sachen der Reichsfinanzreform, als auch wegen des nachdrücklichen Eintretens für den bundesstaatlichen Grundcharakter des Reiches, der durch die aufs neue geschürten Streitigkeiten über die Einführung direkter Reichssteuern gefährdet wird. In der Tat rückt der schicksalsvolle Augenblick, der die Entscheidung über Sein oder Nichtsein in der Frage der Reichsfinanzreform bringen soll, näher und näher, ohne daß die parteipolitische Lage die im Interesse des großen vaterländischen Werkes wünschenswerte Klarheit aufweist. Noch sind wir nicht über den Berg der aufgetürmten Schwierigkeiten bis zu der Stelle gelangt, wo sich dem patriotischen Beobachter ein freier und hoffnungsfreudiger Ausblick in das ebene Gelände der glatten parlamentarischen Verabschiedung der neuen Steuervorlagen eröffnet. Mühsam keuchen die politischen Parteiführer mit ihrer Gefolgschaft den steilen Weg zur Höhe empor, belastet mit dem ermüdenden Gepäck von allerlei doktrinären und taktischen Bedenklichkeiten, die sich einem frisch-fröhlichen Zusammengehen aller Blockgruppen zum Zwecke der großzügigen Erledigung der Reichsfinanzreform hemmend entgegenstellen. Je mehr sich der Druck der parteipolitischen Bürde, vor der Fürst Bülow in seiner jüngsten Rede im preußischen Abgeordnetenhause so eindringlich warnte, geltend macht, desto unwirscher wird auch die allgemeine Stimmung, deren reizbarer Zustand sich in einer Flut von polemischen, zum Teil ziemlich scharf zugespitzten Auseinandersetzungen in der Blockpresse kundgibt. In diesem Wirrwarr scheint zur Abwechslung wieder einmal alles ohne Unterschied in Fluß geraten zu sein, in solchem Grade, daß sogar solche Punkte, die bisher in dem Für und Wider des steuerpolitischen Parteikampfes als nicht mehr umstrittene Errungenschaften grundsätzlicher Art gelten konnten, kaum noch als ruhende Pole in der parteipolitischen Erscheinungen Flucht bewertet werden können. Das ist in erster Linie mit der Frage der direkten Reichssteuern der Fall, die immer wieder von den hartnäckigen linksliberalen Theoretikern aufs Tapet gebracht wird, aller besseren Erkenntnis und aller in den Verhältnissen selbst gegebenen Unmöglichkeit ihrer Einführung zum Trotz.

Angesichts einer so folgenschweren Verwirrung der Geister, die auf linksliberaler Seite aufs neue einzureißen droht, ist es ebensosehr symptomatisch bedeutsam, wie im nationalen Interesse dankenswert, daß die verbündeten Regierungen mit zielbewußter Energie in die verfahrene Situation eingreifen und in völlig klarer und unzweideutiger Weise nochmals ihrem längst bekannten und auch schon früher mit aller Bestimmtheit präzisierten Standpunkte in dieser Frage Ausdruck verleihen. Der preußische Ministerpräsident, der bei den Regierungen aller Einzelstaaten uneingeschränktes Vertrauen wegen seiner im echten Bismarckischen Geiste gepflegten bundesstaatlichen Loyalität genießt, ist in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangegangen und hat in seiner vielbemerkten Rede im Abgeordnetenhause die absolute Undiskutierbarkeit direkter Reichssteuern abermals in der nachdrücklichsten Weise betont. Fürst Bülow nahm kein Blatt vor den Mund und wählte seine Worte so scharf, daß auch den verranntesten linksliberalen Theoretikern einleuchten muß, wie unerbittlich in dieser Hinsicht die Haltung der verbündeten Regierungen ist, wie sehr hier die Dinge auf des Messers Schneide stehen. Fürst Bülow erklärte, daß die Einführung direkter Reichssteuern die Einzelstaaten nicht bloß verhindern würde, ferner den ihnen obliegenden Kulturaufgaben nachzukommen, sondern daß eine solche Maßregel sie ihrer gesamten politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit berauben, d. h. also, ihnen den Todesstoß versetzen und sie in einen tatsächlichen Zustand der Mediatisierung versetzen würde. Kein einsichtiger Politiker, der sich gründlich mit der Steuerpolitik und der gesamten Finanzgebarung im Reiche und den Einzelstaaten beschäftigt hat, kann auch nur den geringsten Zweifel hegen, daß dieses vom Reichskanzler gezeichnete Bild durchaus den Tatsachen entspricht und keinerlei Uebertreibungen enthält. Dann aber ist es auch ohne weiteres klar, daß direkte Reichssteuern dem Geiste der Reichsverfassung zuwiderlaufen, weil sie gerade das zerstören würden, was die konstitutionelle Grundlage des Reichs bildet: die staatliche Selbständigkeit der einzelnen Glieder des Reiches. Hand in Hand mit dieser gewichtigen Kundgebung des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten und den ernsten Worten der sächsischen Thronrede geht die bedingungslose, ohne jeden Vorbehalt abgegebene und jede Mißdeutung ausschließende Versicherung des Finanzministers Dr. von Rüger in der letzten Sitzung der Zweiten Kammer, daß Sachsen für direkte Reichssteuern und insbesondere für die Reichseinkommensteuer und Reichsvermögenssteuer niemals zu haben sein wird, aus dem einfachen Grunde, weil, wie der Minister drastisch hinzufügte: „Sachsen sich nicht selbst das Leben unmöglich machen kann".

So ist also zur rechten Zeit nochmals mit allem Nachdruck von mehreren autoritativen Stellen zugleich in der denkbar überzeugendsten und zielbewußtesten Form festgestellt worden, daß keinerlei direkte Reichssteuern für die verbündeten Regierungen, die hier als solche in völliger Geschlossenheit in Betracht kommen und in vollkommener Einmütigkeit solidarisch füreinander einstehen, diskutabel sind, weil andernfalls der Lebensnerv der Einzelstaaten durchschnitten würde. Da über diese grundsätzliche, unverrückbare Stellungnahme der verbündeten Regierungen schon längst genügende Klarheit geschaffen worden war, so erscheint es vom nationalen Standpunkte aus um so verwerflicher, daß der Linksliberalismus immer wieder und wieder auf sein Phantom der direkten Reichssteuern zurückkommt, und wenn jemals eine Rüge wohlbegründet war, so ist es der von Herrn Dr. v. Rüger bei der erwähnten Gelegenheit gegen den Liberalismus ausgesprochene Tadel. Der Liberalismus krankt überhaupt, und zumal in seinen radikaleren Elementen, an einem auffälligen Mangel an Verständnis für die tieferen gemütvollen Regungen der Volksseele, wie sie in religiösen Angelegenheiten und auf dem Gebiete der Heimatliebe in die Erscheinung treten. Ein nicht genügend ausgebildetes Empfinden für die Interessen der engeren Heimat, wie es gerade die sächsischen Liberalen bereits in den 60er Jahren in einem Maße bekunideten, das weit über das notwendige Maß der Anerkennung für die gemeinsame deutsche Sache und die führende Mission der preußischen Vormacht in Deutschland hinausging, charakterisiert auch jetzt wieder die Haltung eines Teils des Liberalismus in der Frage der direkten Reichssteuern. Die Tatsache selbst, daß die Einzelstaaten durch solche Steuern in den Grundlagen ihres Daseins erschüttert würden, steht so zweifellos fest, daß es dem patriotischen Gefühl schlechterdings unbegreiflich ist, wie eigene Landeskinder der so bedrohten Einzelstaaten sich im Namen des „liberalen Prinzips" für Maßregeln ins Zeug werfen können, die notwendig den völligen Ruin der davon betroffenen Gliedstaaten im Gefolge haben müssen. Wenn der Liberalismus seinen Anhang im Volke und seinen politischen Einfluß behaupten will, so ist es höchste Zeit für ihn, von diesem verhängnisvollen Wege umzukehren und in Sachen der direkten Reichssteuern den Gang nach Damaskus zu machen, um sich von einem unitarischen Saulus zu einem bundesstaatlichen Paulus zu wandeln. Die Liebe zur engeren Heimat ist, wie der anerkannte Volkswirtschaftslehrer Wilhelm Roscher in seinen Vorlesungen mit Vorliebe zu betonen pflegte, die unentbehrliche Grundlage des fruchtbaren reichsdeutschen Patriotismus, und wer in seinem Herzen keinen Platz hat für die Anhänglichkeit an seinen Geburtsstaat, erweckt von vornherein den Verdacht, daß auch sein reichsdeutscher Patriotismus der rechten vertieften Innerlichkeit ermangelt.

Auf der anderen Seite muß vom höheren nationalen Standpunkte aus auch den Konservativen ernst ins Gewissen geredet werden wegen ihres heftigen Kampfes gegen die Nachlaßsteuer, der sich sogar bis zu scharfen persönlichen Ausfällen gegen den Reichskanzler zugespitzt und die weitere bedauernswerte Begleiterscheinung einer auffälligen Sehnsucht konservativer Führer nach einem erneuten Zusammengehen mit dem Zentrum gezeitigt hat. Wenn einmal direkte Reichssteuern schlechterdings undiskutabel sind, zugleich aber eine besondere Besteuerung des Besitzes neben den indirekten Steuern auf den Massenkonsum nicht zu umgehen ist, kann die Nachlaßsteuer als die geeignetste Form zu steuerlicher Heranziehung des Besitzes nicht wohl entbehrt werden. Das feste Beharren der Regierung auf dieser Steuer erscheint also sachlich durchaus berechtigt. Die Situation drängt mit geradezu zwingender Gewalt darauf hin, und es muß daher an der Hoffnung festgehalten werden, daß die Konservativen der Erkenntnis, daß das Scheitern des Reformwerkes, um mit den Worten der sächsischen Thronrede zu sprechen, ein nationales Unglück von unabsehbarer Tragweite wäre, ihre Abneigung gegen die Nachlaßsteuer zum Opfer bringen und, der Mahnung des Fürsten Bülow folgend, nicht um dieser einen ihnen unbequemen Zugabe willen die ganze Reichsfinanzreform gefährden werden.

Pfunds sterilisierte (homogene) **Kindermilch** Trocken-fütterung. Dresdner Molkerei **Gebr. Pfund,** Bautzner Str. 79/81

Neueste Drahtmeldungen vom 27. Januar.

Zu Kaisers Geburtstag.

Feiern im Auslande.

Wien. Aus Anlaß des Geburtstages des Deutschen Kaisers gaben heute mittag der deutsche Botschafter v. Tschirschky und Gemahlin in der Botschaft ein Frühstück, wozu die Herren der Botschaft, der bayrische und der sächsische Gesandte mit den Herren der Gesandtschaften, die Herren des Generalkonsulats, Abordnungen der Kolonie und der deutschen Vereine, Vertreter der reichsdeutschen Presse und die Herren des Kaiser-Fest-komitees geladen waren. Während des Mahles brachte der Botschafter ein Hoch auf den Kaiser aus.

Rom. Gestern abend fand zur Vorfeier des Geburtstages Kaiser Wilhelms ein vom Deutschen Künstlerverein veranstaltetes Festmahl statt, an dem der deutsche Botschafter, der preußische und der bayrische Gesandte, sowie Mitglieder der deutschen Kolonie teilnahmen. Der Vorsitzende des Vereins brachte einen Trinkspruch auf den Kaiser aus, worauf der Botschafter in einer Ansprache dem Künstlerverein für die Veranstaltung dankte und seinem Wirken in Rom warme Anerkennung zollte. Heute vormittag wurde in der Botschaftskapelle ein Festgottesdienst, dann im Festsaale der Deutschen Reichsschule eine Feier der Deutschen Reichsschule abgehalten, der Vertreter der Botschaft, der Gesandtschaften des Konsulats, Eltern und zahlreiche Schulfreunde beiwohnten. Abends fand für die deutsche Kolonie beim Botschafter ein Empfang statt.

London. Der König ließ durch einen Herrn seiner Umgebung der deutschen Botschaft seine Glückwünsche zum Geburtstag des Deutschen Kaisers übermitteln. Der deutsche Botschafter wurde nach Schloß Windsor eingeladen.

Christiania. Sämtliche Zeitungen bringen aus Anlaß des 50. Geburtstages Kaiser Wilhelms sympathische Artikel mit dem Bilde des Kaisers. Der Magistrat und die Stadtverordneten von Aalsund sandten an den Kaiser ein Telegramm, in dem die Glückwünsche und der Dank der Stadt für die ihr bei dem großen Brande geleistete Hilfe ausgedrückt werden.

Petersburg. Aus Anlaß des Geburtstages des Deutschen Kaisers fand hier ein Festgottesdienst statt, an dem der Minister des Aeußern mit Gemahlin, der italienische Botschafter und der österreichisch-ungarische Geschäftsträger mit dem Personal der Botschaften, die deutsche Botschaft und zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonien beiwohnten. Heute nachmittag findet ein Empfang auf der deutschen Botschaft statt. Am Abend ist in Zarskoje Sselo Galatafel, zu der das gesamte Personal der deutschen Botschaft geladen ist.

SLUB Wir führen Wissen.